

Informationen gemäß Artikel 13 Absatz 1 und Absatz 2 DSGVO aufgrund der Erhebung von personenbezogenen Daten

Im Zusammenhang mit der Verarbeitung OWI-Verfahren werden bei Ihnen personenbezogene Daten erhoben. Bitte beachten Sie hierzu die nachstehenden Datenschutzhinweise:

1. Angaben zur Verarbeitungstätigkeit

1.1 Verantwortliche Stelle

Firma	Kreis Plön - Der Landrat
Die Behördenleitung	Björn Demmin
Straße, Hausnummer	Hamburger Straße 17-18
PLZ / Ort	Plön
Telefon	+49 (0) 4522 743-0
Fax	+49 (0) 4522 743-492
E-Mail-Adresse	verwaltung@kreis-ploen.de
Internet-Adresse (URL)	http://www.kreis-ploen.de

1.2 Datenschutzbeauftragter

Vollständiger Name	Behördliche Datenschutzbeauftragte des Kreises Plön
Firma	Kreis Plön/Außenstelle Krögen
Straße, Hausnummer	Hamburger Str. 17/18
PLZ / Ort	24306 Plön
Telefon	+49 (0) 4522 743-507
Fax	+49 (0) 4522 743-95507
E-Mail-Adresse	datenschutz@kreis-ploen.de

2. Zwecke der Verarbeitung

2.1 Beschreibung des Verarbeitungsprozesses

Abt. Bußgeldstelle - Verarbeitung personenbezogener Daten für die Verfolgung und Ahndung von Ordnungswidrigkeiten

2.2 Zweckbestimmung

Die Daten werden für die Wahrnehmung von Aufgaben, die im öffentlichen Interesse liegen oder in Ausübung öffentlicher Gewalt erfolgen. Sie dient dem Zweck der Verfolgung und Ahndung von Ordnungswidrigkeiten verarbeitet.

3. Rechtmäßigkeit der Verarbeitung

Name	Beschreibung	Bemerkungen
Gesetzliche Grundlage (Mitgliedsstaat)	EU DSGVO Art. 6 Abs 3 lit. b	i.V.m. dem Landesdatenschutzgesetz (LDSG) - des Ordnungswidrigkeitengesetzes (OWIG) - der Straßenverkehrsordnung (StVG) - der Straßenverkehrszulassungsordnung (StVZO) - der Fahrerlaubnisverordnung (FeV) - sowie diverser weiterer spezialgesetzlicher Rechtsgrundlagen.

4. Empfänger der personenbezogenen Daten

4.1 Interner Empfänger

Es werden keine Daten an interne Stellen übermittelt.

4.2 Externer Empfänger

Empfänger	Rechtmäßigkeit	Zweck	Bemerkungen
Kraftfahrtbundesamt	Öffentliches Interesse	§§ 110a bis 110e OwiG	
Polizei, Staatsanwalt, Zoll und Gerichte	Öffentliches Interesse	§§ 110a bis 110e OwiG	
Gutachter, Rechtsanwälte	Öffentliches Interesse	§§ 110a bis 110e OwiG	
zuständige Behörden	Gesetzliche Grundlage (Mitgliedsstaat)	Ordnungswidrigkeitsverfahren	
Externer Dienstleister (WINOWIG)	im Rahmen der Aufgabenerfüllung	Ferner arbeite ich mit einem Dienstleister einer Fachanwendung (WINOWIG) im Bereich der technischen Infrastruktur und Systemwartung und -pflege zusammen. Diese Dienstleister verarbeiten Daten ausschließlich im Auftrag und unter unserer Kontrolle und nur im Rahmen der o.a. Zweckbestimmung.	

5. Übermittlung an ein Drittland oder an eine internationale Organisation

Es findet keine Datenübermittlung an Drittländer oder internationale Organisationen statt.

6. Fristen für die Löschung

Die Daten werden entsprechend der gesetzlichen Vorgaben und nur solange wie dies für die Erfüllung der gesetzlichen Aufgabe ist. Die konkrete Speicherdauer ist abhängig von dem Zweck der Datenverarbeitung sowie von verschiedenen Aufbewahrungs- und Dokumentationspflichten und den gesetzlichen Verjährungsfristen.

7. Rechte des Betroffenen

Wir weisen ausdrücklich auf die unter bestimmten Voraussetzungen bestehenden Rechte an dieser Stelle hin:

- das Recht auf Auskunft nach Art. 15 DSGVO
- das Recht auf Berichtigung nach Art. 16 DSGVO
- das Recht auf Löschung nach Art. 17 DSGVO
- das Recht auf Einschränkung der Verarbeitung nach Art. 18 DSGVO
- das Recht auf Daten übertragbarkeit nach Art. 20 DSGVO
- und das Recht auf Widerspruch nach Art. 21 DSGVO.

8. Beschwerderecht

Sie haben das Recht, bei der vom Land beauftragten Person für Datenschutz und Informationsfreiheit Beschwerde einzulegen.

Name	Marit Hansen
vfinhalt_ibl_adresszusatz	
Straße, Hausnummer	Holstenstraße 98
PLZ / Ort	24103 Kiel
Postfachadresse	71 16 (24171 Kiel)
Telefon	04 31/988-12 00
Fax	04 31/988-12 23
E-Mail-Adresse	mail@datenschutzzentrum.de
Internet-Adresse (URL)	http://www.datenschutzzentrum.de

9. Informationen zur Bereitstellung

Die Bereitstellung der personenbezogenen Daten ist gesetzlich vorgeschrieben und somit verpflichtend.

Die Nichtbereitstellung dieser hat folgende Konsequenzen:

Das Widerspruchsrecht gemäß Art. 21 Abs. 1 der DSGVO besteht nicht, soweit an der Verarbeitung ein zwingendes öffentliches Interesse besteht, das die Interessen der betroffenen Person überwiegt, oder eine Rechtsvorschrift zur Verarbeitung verpflichtet.

10. Informationen zur Entscheidungsfindung

Es findet keine automatisierten Entscheidungsfindung (Scoring) einschließlich Profiling gemäß Artikel 22 Absätze 1 und 4 statt.